

Antrag 33/II/2023**KDV Steglitz-Zehlendorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Erledigt durch Leitantrag (Konsens)****Gebäudeenergiegesetz mit Augenmaß - - Transformation zu einer nachhaltigen Gesellschaft ohne Überforderung der Bürgerinnen und Bürger**

1 Die Fraktion der SPD im Deutschen Bundestag wird auf-
2 gefordert, einem Gebäudeenergiegesetz (derzeit Referen-
3 tenentwurf aus dem BMWK) nur unter der Maßgabe zu-
4 zustimmen, dass

- 5
- 6 • nationale Maßnahmen zur energetischen Sanie-
7 rung von alten Ein- und Mehrfamilienhäusern, ins-
8 besondere der Austausch von noch funktionsfähi-
9 gen Öl- und Gasheizungen, bis 2035 freiwillig sind,
10 soweit diese Maßnahmen nicht auf europarechtli-
11 chen Vorgaben beruhen
 - 12 • die Maßnahmen zur Sanierung durch Fördermaß-
13 nahmen mit Bundesmitteln (Zuschüsse, zinsgünsti-
14 ge Darlehen) unterstützt werden.
 - 15 • der Netzausbau bis 2030 einen sicheren Betrieb von
16 Wärmepumpen u.a. für eine verlässliche Wärmever-
17 sorgung ermöglicht

18 und

- 19
- 20 • die Mehrkosten durch die Maßnahmen nach dem
21 Gebäudeenergiegesetz die Betriebskosten von Mie-
22 terinnen und Mietern den Betrag der monetär be-
23 werteten CO₂-Einsparungen nicht übersteigt und
24 nicht als Modernisierungsmaßnahmen mietrecht-
25 lich umlagefähig sind.

26

27

28

29

30 Begründung

31 Mit dem Referentenentwurf zum Gebäudeenergiegesetz
32 von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck soll der
33 Einbau von neuen Heizanlagen in Wohnhäusern ab dem 1.
34 Januar 2024 nur noch zulässig sein, wenn diese zu 65 Pro-
35 zent mit erneuerbaren Energien betrieben, werden kön-
36 nen. Alte Heizungsanlagen, die älter als 30 Jahre sind, sol-
37 len Schritt für Schritt verboten werden.

38

39 Nach den ursprünglichen Plänen aus dem BMWK sollten
40 diese Maßnahmen vom Bund bezuschusst werden. Ab-
41 gesehen davon, dass die Pläne hier aber ziemlich wage
42 bleiben, dürfen Maßnahmen, die gesetzlich verpflichtend
43 sind, nicht gefördert werden. Daher können die Maßnah-
44 men nur freiwillig erfolgen.

45

46 Hinzu kommt, dass die Menschen wegen der Inflation

47 der letzten Jahre und der steigenden Zinsen finanziell
48 oft überhaupt nicht in der Lage sind, die Mehrkosten ein-
49 nes Umbaus zu stemmen. Zudem sind – gerade in Berlin
50 (wegen des hohen Bestands an alten Mehrfamilienhäu-
51 sern) - viele regenerative Maßnahme gar nicht möglich.
52 Insbesondere können die meisten handelsüblichen Wär-
53 mepumpen nicht die nötigen Vorlauftemperaturen errei-
54 chen bzw. erfordern diese einen enorm großen Umbau-
55 aufwand in den Wohnungen. Denn wenn die Wärmepum-
56 pen mit den derzeitigen Vorlauftemperaturen betrieben
57 werden, vervielfachen sich auch die monatlichen Heizkos-
58 ten. Deshalb müssen vorrangig v.a. Dämmungen erfolgen,
59 bevor die Energieversorgung umgestellt wird.

60

61 Hinzu kommt, dass nicht ausreichend Handwerker zur
62 Verfügung stehen, die in so kurzer Zeit eine erforderli-
63 che Anzahl an Umbauten im Bereich der Energie- und
64 Wärmeversorgung durchführen konnten. Auch gibt es für
65 erneuerbare Energieanlagen, wie Wärmepumpen derzeit
66 sehr lange Lieferzeiten (ein Jahr und länger). Die Entwick-
67 lung von Hochleistungs-Wärmepumpen ist darüber hin-
68 aus noch nicht ausgereift.

69

70 Ein weiteres großes Problem ist der derzeitige Ausbau des
71 Stromnetzes. Nach § 14a Absatz 3 EnWG können insbe-
72 sondere Wärmepumpen abgeschaltet werden, wenn das
73 Stromnetz überlastet ist. Bei dem derzeitigen Stand des
74 Netzausbaus und dem zeitnah geplanten Ausstieg aus Öl-
75 und Gasanlagen ist daher die Versorgungssicherheit der
76 Bürgerinnen und Bürger nicht gewährleistet.

77

78 Da etwaige Fördermaßnahmen nicht bei den Mieterinnen
79 und Mietern, sondern nur bei den Eigentümerinnen und
80 Eigentümern ankommen, müssen die Umlagen der Kos-
81 ten auf die Betriebskosten der Mieterinnen und Mieter ge-
82 deckelt werden.

83

84 Wir, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, können
85 nicht akzeptieren, dass übereilte Maßnahmen durch das
86 geplante Gebäudeenergiegesetz des BMWK die Bürgerin-
87 nen und Bürger finanziell und in der Möglichkeit der Um-
88 setzung überfordern. Die Energiesicherheit muss gewähr-
89 leistet bleiben.

90

91 Die derzeitige Bundesregierung kann nicht die Versäum-
92 nisse der letzten sechzehn Jahre in vier Jahren aufholen.
93 Weder ist dies den Bürgerinnen und Bürgern zumutbar,
94 noch ist ein solches Vorgehen mit Art. 14 GG vereinbar. Die
95 derzeitigen Maßnahmen stellen in vielen Fällen einen ent-
96 eignungsgleichen Eingriff dar und überfordern die Men-
97 schen über Maßen.

98

99 Wir müssen die Menschen von der Notwendigkeit der En-

100 ergiewende überzeugen, wir dürfen sie nicht – schon gar
101 nicht in so kurzer Zeit - zu entsprechenden Maßnahmen
102 zwingen. Die Energiewende muss gelingen, in Deutsch-
103 land, Europa, weltweit. Mit übereilten und nicht durch-
104 dachten Maßnahmen zum Klimaschutz bewirken wir das
105 Gegenteil und verlieren das Vertrauen der Menschen in
106 den notwendigen Prozess des Umbaus in eine nachhaltige
107 Gesellschaft. Nachhaltigkeit ist mehr als nur Klimaschutz.
108 Der Transformationsprozess zu einer nachhaltigen Gesell-
109 schaft darf nicht das Vertrauen der Menschen in den de-
110 mokratischen Rechtsstaat erschüttern!